

Kommunalpolitischer Newsletter - Niedersachsen

Ausgabe 17.02.13

Inhaltsverzeichnis:

Titel	Ort	Seite
Freischaltung von W-LAN Hotspots in der Stadtbahn	Hannover	1
Migrationsrat wählen und nicht von Oben ernennen	Hameln-Pyrmont	2
Einbürgerungen erhöhen – Warum und wie?	Göttingen	3
Das Problem mit einseitiger Aufklärung – Umfrage zur Fusion gefährdet	Wolfsburg	3
Risiken durch PPP-Finanzierung – Antrag auf Rückübertragung	Hannover	4
Resolution: Keine Privatisierung der Wasserversorgung - Wasser gehört in öffentliche Hand	Göttingen	4
Öffentliche Betriebe und Unternehmen zur Öffentlichkeit zwingen	Göttingen	5
Intransparente Unterausschüsse – Klarmachen zum Ändern	Göttingen	5
Bürgerbegehren in Bad Nenndorf – Falschaussage der CDU	Bad Nenndorf	5
Weitere interessante Links zur Kommunalpolitik		6

Freischaltung von W-LAN Hotspots in der Stadtbahn

Hannover – Die Gruppe CDU-Fraktion/Freie Wähler stellte am 30. Januar 2013 einen [Antrag](#), für einen Testzeitraum von mindestens drei Monaten auf einer Stadtbahnlinie in den Fahrzeugen der Üstra W-LAN Hotspots freizuschalten.

Das Angebot soll für die Kunden in der entsprechenden Linie mindestens zweisprachig beworben werden. Nach Ablauf des Tests soll mittels Datenauswertungen festgestellt werden, inwieweit das Angebot durch die Kunden wahrgenommen wurde, um dann ggfs. flächendeckend W-LAN Hotspots auf die gesamte Üstra und Regiobus auszuweiten. In der Begründung des Antrages heißt es:

„Die Bereitstellung eines solchen W-LAN Hotspots könnte zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel und zu einer besseren Kundenbindung führen. Insbesondere der Test auf der Messelinie, idealerweise während der CeBIT, würde einen besonderen Service für die internationalen Gäste der Region Hannover darstellen und das Image der Üstra weiter ausbauen.“

Der Antrag soll am 19.02 im Verkehrsausschuss der Region Hannover beraten werden.

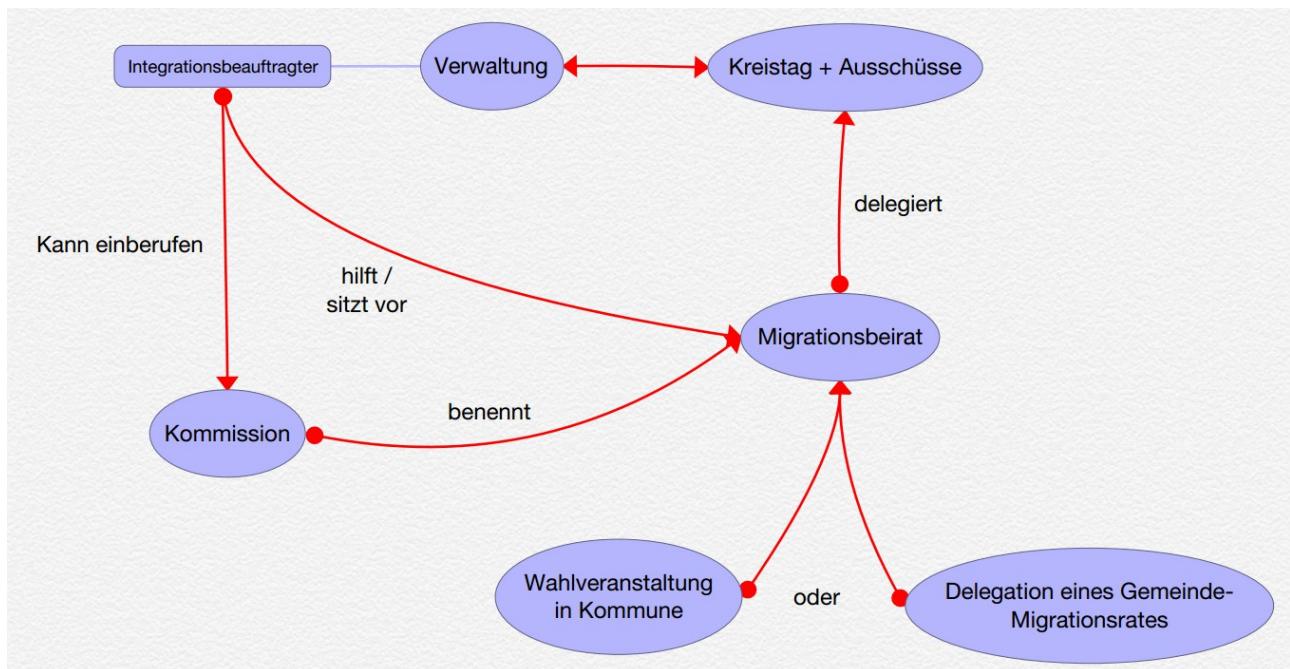
Migrationsrat wählen und nicht von Oben ernennen

Hameln – Schon im Jahr 2009 gab es Überlegungen im Landkreis Hameln-Pyrmont, einen Migrationsrat / Integrationsrat einzurichten. Damals scheiterte das Vorhaben an der Politik und dem Vorschlag der Verwaltung, die Mitglieder eines solchen Gremiums zu ernennen.

Nun schickt sich die Mehrheitsgruppe aus SPD / Grünen / Piraten an, endlich einen Migrationsrat zu installieren. Ein wesentlicher Unterschied zu vielen Migrationsräten ist aber, die Wahl der Mitglieder und wie diese Wahl von statten geht. So soll in jeder Gemeinde im Landkreis eine sogenannte Wahlveranstaltung abgehalten werden, zu der jeder Interessierte kommen kann. Alle Anwesenden über 16 Jahren haben dann das Recht ein Mitglied für den Migrationsrat aus dieser Kommune zu wählen.

Zudem vereint dieser Vorschlag aber auch die Vorteile einer Ernennung. So soll es eine Kommission geben, die weitere Migranten ernennen kann. Dies darf die Kommission aber erst, wenn der Integrationsbeauftragter zum „*Zwecke der Diversität der Migrationshintergründe oder der annähernd gleichen Vertretung der Geschlechter einberufen*“ hat.

Ein überarbeitetes Konzept, sowie ein erster Entwurf für eine Geschäftsordnung liegen bereits vor. Die nächste Beratung über diese Konzeptionierung findet am 19.02 statt.



Einbürgerungen erhöhen – Warum und wie?

Göttingen – SPD und Grüne möchten durch eine Werbe- und Informationsoffensive mehr Ausländer von der Einbürgerung überzeugen. Dazu stellten sie einen gemeinsamen [Antrag](#) für die Stadtratssitzung am 16.02. Auch die Piratenfraktion stimmte dem Antrag zu.

Aber warum sind höhere Einbürgerungszahlen sinnvoll?

Den Fraktionen in Göttingen geht es in erster Linie um die Ausländer selbst, die durch eine deutsche Staatsbürgerschaft viele neue Möglichkeiten erhalten. So ist eine vollständige gesellschaftliche Teilhabe beispielsweise nur möglich, wenn man auch an der Politik teilhaben kann. Voraussetzung dafür ist aber u.a. die deutsche Staatsbürgerschaft.

Auch hätten Ausländer mit deutscher Staatsbürgerschaft laut Studie des Hamburgischen WeltWirtschafts-Instituts auf dem Arbeitsmarkt deutlich bessere Chancen.

Aber auch für die Kommunen hat die Einbürgerung Vorteile. So sind eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund eher bereit, in Deutschland langfristig zu bleiben, was gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel von großer Bedeutung ist.

Das Problem mit einseitiger Aufklärung – Umfrage zur Fusion gefährdet

Wolfsburg / Helmstedt – Seit längerem gibt es Pläne zu einer Fusion der Stadt Wolfsburg mit dem Landkreis Helmstedt. Das solche Fusionen immer Vor- aber auch Nachteile mit sich bringen, sind hinlänglich bekannt. Aber auch jedem einzelnen Bürger in der jeweiligen Konsequenz?

Zwar ist es laut der Piratenfraktion in Wolfsburg mit der Bürgerbeteiligung in ihrer Stadt so eine Sache, an die sich die Stadtobersten nicht so recht gewöhnen möchten, doch soll es trotzdem eine repräsentative Bürgerumfrage geben. Oberbürgermeister Mohrs sicherte eine neutrale „*eine neutrale Bürgerinformation zu den Vor- und Nachteilen einer Fusion*“ zu, doch wie sich jetzt zeigt, scheint der Wolfsburger Bürgermeister unter neutral etwas anderes zu verstehen.

Wie sich jetzt [zeigt](#), wird in einer Informationsbroschüre fast ausschließlich nur über die positiven Effekte einer Fusion berichtet: „*Wenn aber der Bürger vor einer Befragung so eindeutig in eine Richtung beeinflusst werden soll, dann ist das keine echte Bürgerbeteiligung. Wir kritisieren daher lediglich den Prozess.*“, sagt Piraten-Fraktionssprecherin Piroska Evenburg.

Ein neues Gutachten zur Fusion findet sich im Übrigen [hier](#).

Risiken durch PPP-Finanzierung – Antrag auf Rückübertragung

Hannover - Die im Jahr 2006 beschlossene Privatisierung des Misburger Bades im Rahmen eines PPP-Projektes hat Hannover schwer kalkulierbare Risiken und letztlich stetig steigende Ausgaben gebracht. Das komplexe Vertragswerk bindet Hannover langfristig und schränkt die Politik in ihrer Mitsprache- und Kontrollfunktion erheblich ein.

Im Vorfeld geäußerte Bedenken, beispielsweise bzgl. möglicher Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen oder zu niedrig kalkulierter Kosten, waren begründet, wie sich zwischenzeitlich bedauerlicherweise herausgestellt hat.

Notwendige Investitionen für das Misburger Bad werden seitens des privaten Vertragspartners nur unzureichend getätigt; zu einem wirtschaftlichen Betrieb des Bades ist dieser nicht in der Lage.

Mittels Vertrags-Änderungen und hohen Bezuschussungen versucht Hannover seit Jahren, die Fehlplanungen auszugleichen, den Betrieb am Leben zu erhalten und eine Betreiber-Insolvenz abzuwenden.

Allerdings ist es nicht Aufgabe der Kommunen, einem privaten Unternehmen Wirtschaftlichkeit zu garantieren, das zudem in tariffreiem Raum auf Kosten der Beschäftigten mit Lohndumping agiert.

Um auf einen möglichen Heimfall adäquat vorbereitet zu sein ist es notwendig, bereits jetzt ein entsprechendes Handlungskonzept zu entwickeln, das den Bürgern sowie Vereinen und Schulklassen langfristig die Nutzung eines modernen Hallen-/Freibades in ihrem Wohnumfeld sichert und zugleich den Beschäftigten eine angemessene Bezahlung garantiert.

Deshalb hat die Piratenfraktion einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt.

Resolution: Keine Privatisierung der Wasserversorgung - Wasser gehört in öffentliche Hand

Göttingen – Alle Fraktionen des Stadtrates in Göttingen haben am 15.02 gemeinsam eine Resolution gegen die Pläne des europäischen Parlaments verabschiedet.

Die Niedersächsische Landesregierung und die Bundesregierung werden darin aufgefordert sich für den Erhalt der Wasserversorgung in kommunaler Hand stark zu machen. Die Verwaltung wird zudem aufgefordert über den Deutschen- und Niedersächsischen Städtetag ihren Einfluss auszuüben.

Die Bundesregierung solle im EU-Ministerrat eingreifen, um die kommunale Wasserversorgung in Deutschland zu retten. Ohne die bürgernahe Versorgung durch die Stadtwerke seien auch Qualitäts einbußen beim Trinkwasser nicht auszuschließen. Eine Marktöffnung durch die Hintertür beim lebenswichtigen Trinkwasser stößt auf den Widerstand vieler Kommunen.

Öffentliche Betriebe und Unternehmen zur Öffentlichkeit zwingen

Göttingen – Die Piratenfraktion in Göttingen hat einen [Antrag](#) gestellt, indem beantragt wird, dass Gesellschaften, Stiftungen, Organisationen und andere Betriebsformen, die eine städtische Beteiligung von 50% oder mehr aufweisen, angewiesen werden, in mindestens einer jährlichen öffentlichen Sitzung der Öffentlichkeit gegenüber einen Rechenschaftsbericht darzulegen und eine Bürgerfragestunde von 30-60 Minuten abzuhalten.

„Aus verschiedenen Gründen sind immer mehr städtische Aufgaben in die Hand von Betrieben gelegt worden, bei denen die politische Kontrolle durch Sitzungen und Aufsichtsräte abseits der öffentlichen Wahrnehmung geschehen.“

Wenn Tätigkeitsberichte in den Ausschüssen vorgelegt werden, besteht eine kurze Öffentlichkeit. Eine öffentliche Teilhabe wird jedoch nicht erreicht. Es ist sicherlich noch erheblich mehr Transparenz und Demokratie umsetzbar, aber dieser Antrag erscheint uns angemessen und ohne unverhältnismäßigen Aufwand für alle zumutbar.“, so die Begründung der Piratenfraktion.

Intransparente Unterausschüsse – Klarmachen zum Ändern

Göttingen – In Göttingen, wie auch in vielen anderen Städten, existieren Unterausschüsse. Welche das sind, wann deren konstituierende Sitzung war, wie dort die Mitglieder bestimmt wurden, an wen die Einladungen verschickt werden oder wo die Protokolle zu finden sind nicht nur den Bürgern unklar, sondern auch der Piratenfraktion. Selbst telefonische Anfragen konnten diese Informationslücken nicht füllen.

Das Ziel eines nun von den Piraten eingebrachten [Antrages](#) muss sein, dass alle offiziellen und öffentlich tagenden Gremien über den Terminkalender samt TOP und Protokoll auffindbar sind. Eventuell folgt aus diesem Antrag auch ein Änderungsantrag für die Geschäftsordnung. Aktuell ist es unklar wo Zusammensetzung, Stimmberechtigung und ähnliches der Unterausschüsse geregelt werden.

Bürgerbegehren in Bad Nenndorf – Falschaussage der CDU

Bad Nenndorf – Die Bürger von Bad Nenndorf wollen ein Bürgerbegehren für den Erhalt des Kurhauses umsetzen. Dafür benötigen sie nun 890 Unterschriften binnen sechs Monate. Zwar steht das Ergebnis dieses Bürgerbegehrens noch aus, doch schon jetzt will sich die CDU später nicht an das Bürgerbegehren halten. Die CDU-Sprecherin Cornelia Jäger ist der Ansicht, dass auch ein Bürgerbegehren den Stadtrat nicht zu bestimmten Entscheidungen zwingen kann.

Dem entgegnet Mehr Demokratie e.V. mit einem Hinweis auf § 33 des NkomVG, in dem steht: „Ein verbindlicher Bürgerentscheid steht einem Beschluss der Vertretung gleich. Vor Ablauf von zwei Jahren kann der Bürgerentscheid nur auf Veranlassung der Vertretung durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert oder aufgehoben werden.“ Bürgerentscheide seien demnach verbindlich und ersetzen einen Ratsbeschluss. Dirk Schumacher, Pressesprecher von Mehr Demokratie sagt dazu: „Wenn die Bürger Bad Nenndorfs im Bürgerentscheid für den Antrag des Bürgerbegehrens stimmen, ist der Ratsbeschluss aufgehoben. Daran gibt es nichts zu deuteln.“

Weitere interessante Links zur Kommunalpolitik:

- [Haushaltsrede](#) von Heiko Schönemann – Piraten-Mandatsträger im Orts- und Stadtrat Laatzen
- UWG und Piraten [kritisieren](#) Prozedere für Auswahlverfahren in Verwaltungsspitze in Osnabrück
- Kommunalpolitischer Workshop zum Thema ÖPNV - [Pad](#)
- Breitbandausbau in Frankfurt – [Antrag](#) der ELF Piraten Fraktion
- Niedersächsischer Landkreistag (NLT) – Aktuell; [Ausgabe 3](#) 2013

Hinweise auf interessante Artikel bitte an: constantin.grosch@piraten-hameln.de
Und bitte postet eure Aktivitäten auf euren KV- oder Ratsblogs!